

FORUM

Zeitschrift
für Politik, Arbeit & Kultur
der SP Uster

www.forumonline.ch

Nr. 260

Januar 2020

**Mehr Sicherheit
Mehr Platz**

JA



**zum
VELOKREDIT**

Editorial

Was heisst eigentlich sozialdemokratisch sein? Es sind die Werte Freiheit, Gleichheit und Solidarität, die uns die Richtung sozialdemokratischer Politik vorgeben. Diese Werte in die Ustermer Politik zu tragen, war und ist das Ziel von uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Wir wollen einen menschlicheren Umgang in der Gesellschaft erreichen.

Dazu gehört es, dass wir Errungenschaften der Vergangenheit verteidigen, wie finanzielle Sicherheit im Alter, Lohnschutz, freier Zugang zum Gesundheitswesen und zum Bildungsangebot, Verteidigung der Demokratie und des Rechtsstaates. Dazu gehört, dass wir weiter für den Fortschritt kämpfen. Deshalb machen wir uns stark für die Gleichstellung aller Lebensformen, für flächendeckende Tagesschulen, für Kindertagesstätten zu bezahlbaren Preisen, für die Förderung von Wohnbaugenossenschaften und eine Bodenpolitik ohne spekulative Gewinne. Ebenso verdienen kulturelle Projekte unsere Unterstützung. Als älteste Umweltschutzpartei gilt es zudem die Verkehrspolitik, die Landwirtschaftspolitik und die Raumplanung mitzugestalten. Und ganz zentral: Klimapolitik funktioniert nur in Verknüpfung mit einer tragfähigen Sozialpolitik.

Nach den Wahlen 2019 wird in den kommenden Wochen und Monaten wieder viel darüber geschrieben werden, ob die SP linker oder rechter, grüner oder roter sein müsse. Wir sind der Meinung, die SP Uster ist gut positioniert, inhaltlich wie personell. Wir wollen aber präsenter, offener, ja, interessanter werden. «Für alle statt für wenige» soll auch in der Aussendarstellung gelten.

Wir wollen Ihre Meinung abholen und gemeinsam mit Ihnen Vorstösse und Initiativen kreieren, für Probleme in unserer Stadt tragfähige Lösungen finden und so die Politik in unserer Stadt prägen. Ganz so, wie wir das mit der Veloinitiative 2018 getan haben: 1'200 Personen haben unsere Initiative unterschrieben und gezeigt, dass es in Uster einen Schub für den Veloverkehr braucht. Ihre Unterschriften haben dazu geführt, dass der Stadtrat das Thema aufgenommen hat und wir nun am 9. Februar über eine Umsetzungsvorlage abstimmen können (siehe Seiten 4/5). Mit einem Ja an der Urne bringen wir unsere Stadt hier einen grossen Schritt vorwärts.

Mit einer Reihe von Mitgliederveranstaltungen wollen wir dieses Jahr wichtige Themen diskutieren: Im Januar die geplante Spitalfusion zwischen Uster und Wetzikon, im März das Stadtentwicklungskonzept des Stadtrates. Im September widmen wir uns den speziellen Wünschen und Bedürfnissen der Aussenwachen. Sind Sie interessiert, sich gemeinsam mit uns für Uster zu engagieren? Dann sind Sie uns herzlich willkommen. Nehmen Sie mit uns Kontakt auf.

Lassen Sie uns etwas bewegen – danke für Ihr Engagement.

Geschäftsleitung SP Uster
Lennie Grob, Peter Mathis, Rolf Graf

Aus dem Gemeinderat

Wechsel im Fraktionspräsidium



Markus Wanner.



Angelika Zarotti.

Wechsel an der Spitze der SP-Gemeinderatsfraktion: Nach fünfeinhalb Jahren als Fraktionspräsident gibt Markus Wanner das zeitintensive Amt in neue Hände. Seine Nachfolge ist bereits bestimmt: Die SP-Gemeinderatsfraktion hat Angelika Zarotti zur neuen Fraktionspräsidentin gewählt. Angelika Zarotti ist Bibliothekarin und arbeitet in der Stadtbibliothek. Sie war während mehreren Jahren als Kirchenpflegerin in der reformierten Kirchgemeinde tätig. Sie rückte 2019 für Patricia Morf in den Gemeinderat nach und ist dort Mitglied in der Kommission Bildung und Kultur. Die SP Uster wünscht Angelika Zarotti in ihrem neuen Amt viel Freude und Befriedigung.

Markus Wanner hat das Amt des Fraktionspräsidenten Mitte 2014 von Balthasar

Thalmann übernommen und während fünfeinhalb Jahren bekleidet. Er hat die Arbeit der SP-Gemeinderatsfraktion in den letzten Jahren umsichtig geleitet und auch im Rat wichtige Impulse gesetzt. Das gute Resultat der SP Uster bei den Gemeinderatswahlen 2018, bei denen die SP zur wählerstärksten Partei in Uster wurde, zeigt, dass die klare, urban ausgerichtete Politik der SP-Gemeinderatsfraktion von den Ustermer Stimmberechtigten geschätzt wird.

Die SP Uster dankt Markus Wanner für sein grosses Engagement als Fraktionspräsident in den letzten fünfeinhalb Jahren und ist froh, dass er dem Gemeinderat als Präsident der Kommission für Bildung und Kultur und der SP-Fraktion weiterhin als Mitglied zur Verfügung steht.

IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster

www.forumonline.ch

Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei Uster

Anschrift: SP Uster, Postfach, 8610 Uster 1

Auflage: 18 000 Exemplare

Erscheinungsweise: mindestens zweimal im Jahr

Layout: Ewald Feldmann

Druck: Ropress Zürich

Hinweis: Bei dieser Zeitung handelt es sich weder um Werbung noch um Reklame, sondern um politische Information. Darum darf sie auch in jene Briefkästen gesteckt werden, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Wir danken für Ihr Verständnis.

Kantonale Abstimmung vom 9. Februar: NEIN zum Rosengartentunnel

Betonpolitik wie aus den 1970er Jahren

Seit den 1970er Jahren zerschneidet in der Stadt Zürich der Verkehr das Quartier Wipkingen in zwei Hälften. Nun will der Kanton das Problem beheben, greift dabei aber auf die gleiche alte Betonpolitik aus jener Zeit zurück: Er will einen Tunnel durch das Quartier legen, neu wird es sechs Spuren für Autos geben. Im Gegenzug sollen gerademal 700 Meter der Rosengartenstrasse verkehrsberuhigt werden. Die Kosten für dieses Vorhaben: Gigantische 1,1 Milliarden Franken.

Von Andrew Katumba, SP-Kantonsrat, Zürich

«Blumenundso – Die blühende Oase am Bucheggplatz», so der Name eines der letzten Blumenläden zwischen Albisriederplatz und Milchbuck. Das kleine Holzhäuschen ist eingestekt inmitten eines idyllischen Parks am Rande der heutigen Verkehrsdrehscheibe Bucheggplatz. Im Sommer lassen sich dort seltene Glühwürmchen beobachten. Jene scheuen Tierchen, die ein Zeichen für eine ausgewogene Biodiversität sind. Nun ist die Zukunft dieses Rosengartens sehr ungewiss. Denn der Garten liegt just an jenem Ort, wo eines der Portale des Rosengartentunnels geplant ist. Sollte das Volk dem 1,1 Milliarden Franken teuren Strassenbauprojekt zustimmen, so hiesse dies: Rosenweg – Tunnel rein.

Bausünde wird wiederholt

Seit den 1970er Jahren zerschneidet der Verkehr das Quartier Wipkingen in zwei Hälften. Der Rosengarten gehört zu einer der grössten Bausünden der Stadt Zürich. Die Verkehrsachse ist ein Schandfleck und gleichzeitig ein Mahnmal für eine fehlgeleitete Verkehrsplanung. Doch nun möchte der Kanton die Bausünde aus jener Zeit wiederholen. Für über 1,1 Milliarden Franken plant der Kanton einen gigantischen Tunnel mitten in der Stadt Zürich, mitten durch ein Wohnquartier. Für diese gewaltige Summe soll aber lediglich eine Strecke von nur gerade 700 Meter Länge verkehrsberuhigt werden. Alles in allem sind sechs Autospuren geplant, zwei mehr als heute. Hierfür sollen zwölf Wohnhäuser abgerissen werden und somit günstiger Wohnraum unwiderruflich verschwinden. Ein Teil des ökologisch wertvollen Irchelparks soll für Infrastrukturbauten geopfert werden und Baumalleen sollen ersatzlos gefällt werden. Während der rund 10-jährigen Bauzeit soll sich der gesamte Verkehr dennoch durch das Wohn-



Der geplante Rosengartentunnel für 1,1 Milliarden Franken: Hässlich, klimafeindlich und teuer.

quartier quälen. Die Folgen für die Menschen sind kaum zumutbar. Der Gemeinderat von Zürich hat sich deshalb deutlich gegen das gigantische Bauprojekt ausgesprochen und das Referendum ergriffen.

Widerspruch zur Klimapolitik

Die projektierte Stadtautobahn widerspricht allen klimapolitischen Zielen von Stadt und Kanton Zürich. Wertvolle und dringend notwendige Grünräume gehen unwiederbringlich verloren. Schon heute hat Zürich im Sommer ein Hitzeproblem. Mit diesem Projekt werden die Hitze und die Tropennächte in der Stadt Zürich noch einmal zunehmen. Der Zürcher Kantonsrat hat sich im Frühling 2019 für eine klimafreundlichere Politik ausgesprochen. Er setzt sich damit für eine deutliche Reduktion von CO₂-Emissionen ein – der Bau dieser Stadtautobahn gefährdet alle diese Klimaziele.

Der Zürcher Regierungsrat spekuliert darauf, dass sich der Bund finanziell am Rosengartenprojekt beteiligen wird. Doch das zuständige Bundesamt

beurteilt das Projekt als ungenügend und kritisiert insbesondere das schlechte Kosten-Nutzen-Verhältnis. Ob jemals Bundesgeld für dieses Projekt flosse, ist völlig unklar. Gut möglich also, dass die exorbitanten Kosten allein am Kanton Zürich hängen bleiben. Trotzdem soll die Stimmbewölkerung jetzt die Verantwortung für dieses unausgereifte Projekt mit sehr hohen Kosten übernehmen.

Hässlich und teuer

Seit Jahren wünscht sich das Quartier Sofortmassnahmen wie z.B. einer oberirdischen Querung. Dies wurde seitens der Volkswirtschaftsdirektion kategorisch verwehrt. Der Rosengarten soll künftig, geht es nach dem Willen der Regierung, auch nach der teuren Sanierung als kantonale Hochleistungsstrasse bestehen bleiben und durch Wipkingen führen.

Fazit: Das Rosengartentunnel-Projekt ist hässlich, es ist klimafeindlich, es ist teuer und deshalb ist es deutlich abzulehnen.

Mehr Informationen: www.rosengarten-nein.ch

Städtische Abstimmung vom 9. Februar: JA zum Velo-Rahmenkredit

Mehr Sicherheit und mehr Platz

Am 9. Februar stimmen die Ustermer Stimmberechtigten über einen Rahmenkredit von 5 Millionen Franken für den Ausbau der Veloinfrastruktur in der Stadt Uster ab. Der Kredit geht auf eine von der SP Uster 2018 lancierte Initiative zurück, die fast 1200 Personen unterschrieben haben. Mit dem Velo-Kredit soll über einen Zeitraum von 10 Jahren neue Velowege und Veloabstellplätze erstellt werden. Mehr Sicherheit und mehr Platz fürs Velo also.

Selten hat das Unterschriften sammeln für eine Initiative so viel Spass gemacht, weil die Initiative der SP Uster offenbar einen Nerv traf. Die Velofahrerin, die sich über fehlende Veloparkplätze ärgert, der Vater, dem Usters Strassen von Oberuster in die Musikschule für seine Kinder zu gefährlich sind, die 86-jährige Frau, die täglich mit dem Velo unterwegs ist und die unterbrochenen Velostreifen bemängelt – alle hatten einen Grund und erzählten von frustrierenden oder gefährlichen Situationen.

Genau solche oder eigene Erlebnisse waren vor zwei Jahren für die SP Uster der Grund, die Veloinitiative zu lancieren, um mit einem Rahmenkredit einen Schub für die Verbesserung der Velo-Infrastruktur in Uster auszulösen. Für den neuen Stadtrat ist die Veloförderung kein Nice-to-Have mehr, sondern ein Muss und er steht der Initiative wohlwollend gegenüber; auch im Gemeinderat wurde das Geschäft von allen Parteien ausser der SVP unterstützt.

Was kann die Veloinitiative (nicht)

Die Initiative verlangt einen Rahmenkredit von 5 Millionen Franken. 5 Millionen sind nicht die Welt, aber 5 Millionen sind genug für spürbare Veränderungen. Der Rahmenkredit soll für «Planung und Bau eines flächendeckenden und sicheren Velowegnetzes» sowie die «Verbesserung der Veloinfrastruktur» eingesetzt werden. Es ist dem Stadtrat überlassen, wie viele und welche Projekte damit finanziert werden. Möglichkeiten – oder Begehrlichkeiten – gibt es viele. Dabei gibt es zwei grundlegende Einschränkungen, die den InitiantInnen immer bewusst waren, aber die für die Abstimmenden wichtig sind zu verstehen: Bauliche Planungen und Eingriffe können nur im städtischen Hoheitsgebiet stattfinden. Das bedeutet, dass nur das kommunale Strassennetz verbessert werden kann. In Uster sind zahlreiche problematische Stellen nicht in der direkten Hand der Stadt.



Die Winterthurerstrasse mit zwei leicht versetzten Einmündungen: Eine unübersichtliche Situation, es fehlt eine klare Signalisation für Velofahrende.



Die Freiestrasse ist die wichtigste Veloverbindung vom Bahnhof nach Oberuster. Sie kann aber vom Bahnhof kommend nicht befahren werden, da linksabbiegen verboten ist.

Die Oberlandstrasse mit einigen unbefriedigenden Verhältnissen z.B. ist eine kantonale Strasse, hier müsste also der Kanton seine Hausaufgaben machen. Es ist aber offensichtlich, dass es auch auf dem kommunalen Netz noch genug zu tun gibt. Die Bilder auf dieser Doppelseite veranschaulichen aus Sicht der InitiantInnen ein paar solcher Stellen.

Ein Kredit zur richtigen Zeit

Zwei weitere Rahmenbedingungen, die aber vor allem Chancen sind: Diesen Herbst hat der Stadtrat das neue Stadtentwicklungskonzept (STEK) vorgestellt, gewissermassen der Masterplan für die Entwicklung der Stadt Uster. Und auch das STEK beinhaltet die Planung eines durchgängigen und sicheren Velonetzes über sämtliche Strassen und

der notwendigen Veloinfrastruktur auf Ustermer Gebiet. Zum anderen gibt es bereits jährlich finanzielle Mittel um die Verkehrssicherheit für Velofahrende zu verbessern. Beides führt zu Synergien mit dieser Initiative, so dass der Rahmenkredit für wirkliche und spürbare Fördermassnahmen, wie in den Bildern exemplarisch dargestellt, zusätzlich zur Verfügung steht.

Die Einwohnerbefragung 2017 hat zum im STEK definierten Mobilitäts-Ziel «Uster steigt um» geführt und wird auch in der Politik breit akzeptiert. Ein überzeugtes JA zum Rahmenkredit ermöglicht rasch notwendige und sinnvolle Massnahmen für Velofahrende – mehr Sicherheit führt zu mehr Velofahrenden und mehr Velofahrende zu mehr Sicherheit im Verkehr.

fürs Velo



An der Loorealle gibt es einen schönen Veloweg. Doch dieser endet abrupt an der Winterthurerstrasse. Unklar für Velofahrende ist, wie sie weiter fahren sollen.



Die Unterführung unter der Haupt-sammelstelle an der Dammstrasse: Die Sicht ist behindert, es besteht Kollisionsgefahr. Und rechts abbiegen ist nicht erlaubt. Warum?



Der Übergang Oberlandstrasse-Breitackerweg: Der Veloweg ist «gedacht» erkennbar, doch Büsche versperren die Sicht, Pfosten verengen den Veloweg.

Geschlossene Barrieren sind auch für Velofahrende ein Problem. Fussgänger- und Velo- unterführungen könnten das Problem beheben.



Ja zu neuen Rasenfeldern im Buchholz

Am 9. Februar stimmen wir über einen Kredit für ein neues Kunstrasenfeld, ein Naturrasenfeld und den Ersatz des Kunstrasenteppichs des bestehenden Feldes auf der Sportanlage Buchholz ab. Die drei Fussballvereine FC Uster, FC Rot-Weiss Winikon und Foot Rebel Soccer haben zusammen rund 1'000 Mitglieder. Damit ist Fussball auch in Uster die beliebteste Sportart. Und auch bei den Mädchen ist Fussball der zweitbeliebteste Sport. Die Nachfrage steigt stetig und die Vereine führen heute Wartelisten, da Plätze fehlen. Zudem: Dem Fussball wird eine grosse Integrationskraft zugesprochen, weil hier verschiedene Schichten und Kulturen in einer Teamsportart zusammenfinden.

Warum aber ein Kunstrasen?

Kunstrasen sind wesentlich belastbarer als Naturrasen, dadurch braucht es insgesamt weniger Plätze. Auch kann im Winter das Fussballtraining vermehrt draussen stattfinden. Dadurch werden Turnhallen für die Bedürfnisse anderer Vereine frei. Ebenso gibt es im Stadion mehr Platz für die Leichtathleten und deren Wurftraining.

Und was ist mit der Ökologie von Kunstrasenfeldern? Zugegeben: Da scheiden sich die Geister. Der geplante unverfüllte Rasen kommt aber ohne Granulatfüllung aus und kann dadurch in der Verbrennung entsorgt werden (ein verfüllter Rasen müsste als Sondermüll entsorgt werden). Auch ein Kunstrasenfeld muss bewässert werden, es braucht aber viel weniger Wasser.

Und was ist mit der Heusser-Staub-Wiese? Der Stadtrat hat 2009 entschieden, die Fussballplätze auf der Sportanlage Buchholz zu konzentrieren. Auch daran scheiden sich die Geister. Wichtig aber ist: Diese Investition ist kein Vorentscheid für die Verlegung aller Fussballplätze auf die Sportanlage Buchholz. Das wird man zu einem späteren Zeitpunkt noch diskutieren müssen.

Bleibt die finanzielle Seite: 3,1 Millionen Franken sind viel Geld. Uster investiert jährlich rund 25 Millionen Franken in seine Infrastruktur. Die Finanzen in Uster sind knapp. Uster soll aber auch weiterhin für alle attraktiv bleiben. Und da gehört der Sport dazu. Aber nicht nur. Auch für die Kultur und die Bildung braucht es Investitionen. Die SP-Fraktion hat deshalb diese Kreditvorlage im Gemeinderat unterstützt.

Markus Wanner, SP-Gemeinderat

Kantonale Abstimmung vom 9. Februar: JA zum Taxigesetz

Gleiche Regeln für alle



Eine bessere Qualität und gleich lange Spiesse für alles, das will das neue kantonale Taxigesetz erreichen.

Bisher gab es im Kanton Zürich nur kommunale Regelungen über das Taxiwesen. Doch die Agglomeration wächst zusehends zusammen. Unterschiedliche Regelungen zwischen den Gemeinden sind so nicht mehr vermittelbar. Ausserdem verlangt das Binnenmarktgesetz des Bundes, dass allfällige innerkantonale Diskriminierungen beseitigt werden. Das neue Taxigesetz schafft hier nun Klarheit.

Von Benedikt Gschwind, ehemaliger SP-Kantonsrat, Zürich

Mit dem neuen Taxi-Gesetz wird erstmals im Kanton Zürich ein einheitlicher Taxiausweis mit einheitlichen Anforderungen an die Fahrerinnen und Fahrer geschaffen. Dabei werden etwa auch die erforderlichen Deutschkenntnisse definiert: Verlangt wird eine selbständige Verständigung nach dem Niveau B2 des Europäischen Referenzrahmens. Somit wird mehr Qualität im Taxiwesen geschaffen. Städte und Gemeinden bleiben zuständig für die Vergabe von Standplätzen für Taxis und die Erteilung der Bewilligung für die Benützung von Busspuren oder das Befahren von Fussgängerzonen durch Taxis.

Das Taxiwesen hat sich in den letzten Jahren durch die Digitalisierung stark verändert. Neue

Anbieter wie z.B. Uber bieten Fahrten an, die über digitale Kanäle bestellt und abgerechnet werden können. Sie bieten dabei eine taxiähnliche Dienstleistung an, teilweise auch mit Taxifahrern, die diese Fahrten als Zusatzerwerb betreiben. Leider halten sich diese neuen Anbieter aber teilweise nicht an die Vorschriften für den berufsmässigen Personentransport wie Arbeits- und Ruhezeitvorschriften und es kommt auch zu Verstössen wegen Schwarzarbeit. Die hohe Zahl von Verzeigungen der Polizei bestätigen diesen Sachverhalt und erfordern entsprechende Massnahmen.

Deshalb sieht das neue Gesetz eine Registrierungspflicht für solche Limousinendienste vor. Mit einer Plakette an der Windschutzscheibe werden sie für Kundschaft und Sicherheitsorgane besser erkennbar.

Das neue Gesetz sieht auch eine Auskunftspflicht gegenüber der Polizei über die durchgeführten Fahrten vor. Diese Massnahmen bringen mehr Sicherheit und Schutz für Kundschaft und Fahrerinnen und Fahrer und führen zu gleichen Chancen für alle Anbieter.

Das neue Gesetz über den Personentransport mit Taxis und Limousinen (PTLG) schafft mehr Gerechtigkeit, da für traditionelle Taxis wie neue, digitale Fahrdienste die gleichen Rahmenbedingungen gelten. Aus diesen Gründen empfiehlt die SP, zusammen mit der Mehrheit des Kantonsrates, dem Gesetz zuzustimmen.

Eidgenössische Abstimmung vom 9. Februar: JA zur Volksinitiative «mehr zahlbare Wohnungen»

Der grösste Budgetposten als Belastung

Am 9. Februar stimmen die Schweizer Stimmberechtigten über die Volksinitiative «mehr bezahlbare Wohnungen» ab. Steigende Mieten und fehlende bezahlbare Wohnung sind für weite Teile der Bevölkerung ein zunehmendes Problem. Kein Wunder: Die Mieten sind der grösste Posten im Haushaltbudget. Mit der Initiative soll der Anteil bezahlbarer Wohnungen in der Schweiz gesteigert werden.

Von Jacqueline Badran, SP-Nationalrätin, Zürich

Was schätzen Sie, wieviel sind alle unsere Immobilien in der Schweiz zusammen wert? Lesen Sie nicht weiter – schätzen Sie aus dem Bauch heraus eine Zahl in Schweizer Franken. Sie brauchen sich nicht zu schämen, falls sie es nicht wissen: Unsere Volkswirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann und Guy Parmelin wussten es auch nicht. Nicht einmal annähernd. Dies obwohl wir bei Immobilien über den grössten volkswirtschaftlichen Sektor überhaupt sprechen.

Leistungsfrei sehr viel Geld verdient

Der Wert aller Liegenschaften in der Schweiz zusammen beträgt über 4 Billionen Franken (4'000'000'000'000.--). Das sind 4 Millionen Millionen Franken. Machen wir ein Gedankenexperiment: Würde die öffentliche Hand alle Liegenschaften auf einmal zum jetzigen Wert aufkaufen und diese Immobilien für eine Nutzungsgebühr von 2 Prozent als Büros, Gewerberäume und Wohnungen zur Verfügung stellen, würde das Gemeinwesen Jahr für Jahr 80 Milliarden Franken einnehmen. Damit könnte man alle Bundes-Steuern abschaffen: Die Einkommenssteuer, die Mehrwertsteuer, die Gewinnsteuer, die Vermögenssteuer, die Heizölsteuer, die Tabaksteuer usw. Krass – oder? Dieses Geld bekommen heute aber die renditeorientierten Immobilieneigentümer (und noch deutlich mehr, weil die Renditen höher als die 2 Prozent sind). Und das bezahlen wir, Sie und ich.

Dass man mit Immobilien leistungsfrei sehr viel Geld verdient, war auch Verfassungs- und Gesetzgeber bewusst. Deshalb gibt es gleich drei Verfassungsartikel die zahlbare Wohnungen sicherstellen sollen, die gemeinnützigen (also renditefreien) Wohnbauträger stützen sowie das selbstbewohnte Wohneigentum fördern und im Mietwesen einen Renditedeckel von zur Zeit 2 Prozent vorschreiben. Nur: Keiner dieser Verfassungsaufträge wird erfüllt. Die Mieten sind 40 Prozent höher als sie gemäss gesetzlicher Vorgabe sein dürften. Wegen extrem tiefer Zinsen und Inflation hätten die Mieten sogar sinken sollen. Sie sind aber um 18 Prozent gestiegen. So wird den



Das Interesse am genossenschaftlichen Wohnen ist gross, wie der Stadtrundgang zu Ustermer Siedlungen im Sommer 2019 zeigt.

Mietenden über 7 Milliarden Franken jährlich zu viel aus der Tasche gezogen. Zudem können sich nur noch 10 Prozent der Menschen potentiell Wohneigentum leisten.

Tiefe Mieten sind auch Altersvorsorge

All dies ist inakzeptabel. Schliesslich geht es um den grössten Posten im Haushaltbudget und Wohnen ist für die Meisten der Stoff aus dem Träume gemacht sind. Und hier kommt die Wohninitiative ins Spiel. Diese verlangt eine Ausweitung des gemeinnützigen Wohnbaus von heute knapp 5 Prozent auf mindestens 10 Prozent. Der gem-

einnützige Wohnbau ist so etwas wie der «Dritte Weg»: Eine Mischung aus Wohneigentum und Miete. Sie vermieten um rund 26 Prozent billiger als die renditeorientierten Immobilienbesitzer. Das sind immerhin drei Monatsmieten. Man kann mitbestimmen weil man Miteigentümer ist, lebt sicherer vor Kündigung.

Tiefe Mieten sind zudem die beste Altersvorsorge überhaupt. Zahlt man 1500 Franken für eine Vierzimmerwohnung statt 2000 spart man in einem Arbeitsleben von 40 Jahren zu einem Prozent angelegt rund 300'000 Franken an. Wer will das nicht?

Umgesetzt wird die Initiative unter anderem durch ein Vorkaufsrecht des Kantons oder der Gemeinden. Diese können wenn sie wollen Immobilien oder Land kaufen und diese im Baurecht an gemeinnützige Wohnbauträger abgeben. Das ist ein gutes Geschäft für die Gemeinwesen, spült es ihnen doch jährlich Baurechtszinsen in die Kasse und die Wertsteigerungen des Bodens bleibt im Volksvermögen. Für alle Beteiligten ein Gewinn. Deshalb brauchen wir mehr davon.

Und darum ein zweifelsfreies Ja am 9. Februar 2020 zur Wohninitiative.

Wohnbaugenossenschaften in Uster
In Uster gibt es 15 gemeinnützige Wohnbaugenossenschaften. Sie besitzen aktuell 962 Wohnungen (davon 50 im Bau). Das sind etwa 9 Prozent aller hiesigen Mietwohnungen (oder 6 Prozent aller Wohnungen). Eine Annahme der Initiative hilft, diesen Anteil zu vergrössern.
www.wohnbaugenossenschaften-uster.ch

Kantonale Abstimmung vom 9. Februar: JA zur Entlastungs-, NEIN zur Mittelstandsinitiative

Geben wir den 90 Prozent ihr Geld zurück

Umverteilung von unten nach oben – besser lassen sich die vergangenen Jahre unter bürgerlicher Vorherrschaft nicht zusammenfassen. Hier gibt die «Entlastungsinitiative» der JUSO Kanton Zürich Gegensteuer, über die wir am 9. Februar abstimmen werden: Die Steuerprogression im Kanton Zürich soll so angepasst werden, dass 90 Prozent der Bevölkerung spürbar weniger Steuern zahlen müsste.

Florin Schütz, Sekretär JUSO Kanton Zürich, Uster

Es ist ein Schandfleck des heutigen Systems und komplett widersinnig, dass das absolute Minimum, das eine Person zum Leben braucht, auch noch besteuert wird. Getroffen werden damit die Allerschwächsten unserer Gesellschaft. Es ist absurd zu erwarten, dass jemand, der kaum genug zum Leben hat, über ausreichend Geld verfügt, um Steuern zu bezahlen. Deshalb wird mit unserer Initiative der Freibetrag auf das Existenzminimum angehoben, also auf 19'300 Franken bei Einzelpersonen respektive 28'900 Franken für Ehepaare. Im Gegenzug sieht die Initiative eine stärkere Besteuerung von sehr hohen Einkommen vor: Die bisher höchste Progressionsstufe von 13 Prozent wird auf 15 Prozent erhöht, zusätzlich werden Spitzeneinkommen mit neu 17 Prozent besteuert – unter dem Strich wird es so zu keinem Rappen Steuerausfall kommen. Ganz im Gegenteil: Der Regierungsrat rechnet mit zusätzlichen Einnahmen von bis zu 200 Millionen Franken.



Wer soll steuerlich entlastet werden: Die unteren Einkommen, wie es die JUSO wollen? Oder die höchsten Einkommen, wie es die Jungfreisinnigen wollen?

Fast alle profitieren

Durch die Anpassung der Steuerprogression würden rund 90 Prozent der Bevölkerung spürbar entlastet. Eine Einzelperson mit einem Bruttoeinkommen von 30'000 Franken müsste ca. 870 Franken weniger Steuern zahlen, insgesamt würden Bruttoeinkommen bis 98'000 Franken bzw.

125'000 Franken bei Ehepaaren profitieren. Diese Entlastung ist bitter nötig: Wenn alle Formen der monetären Belastung zusammengezählt werden, dann müssen Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen prozentual etwa gleich viel für die Fixkosten (Steuern, Krankenkassenprämien, Gebühren und Sozialversicherungsbeiträge) abgeben wie solche mit hohen Einkommen. Damit verkommt der Grundsatz der Progression zum Märchen.

Weiteres Steuergeschenk an Reiche?

Am 9. Februar wird nicht nur über die «Entlastungsinitiative» der JUSO abgestimmt, sondern auch über die «Mittelstandsinitiative» der Jungfreisinnigen. Diese sieht ebenfalls eine Anpassung der Steuerprogression vor, legt den Fokus allerdings auf die übliche Klientel der Freisinnigen: die Spitzenverdiener*innen. Mit der Aufhebung der höchsten Progressionsstufe wollen sie diesen ein weiteres Steuergeschenk schnüren. Zwar würde auch der Rest der Bevölkerung weniger Steuern zahlen, von einer Entlastung kann aber dennoch nicht die Rede sein: Die jährlich wegfallenden Steuereinnahmen von rund 750 Mio. Franken müssten durch radikale Abbaupakete (tiefere Prämienverbilligungen, schlechteres Bildungsangebot, usw.) auf dem Buckel der Bevölkerungsmehrheit kompensiert werden. Deshalb braucht es am 9. Februar ein JA zur Entlastungsinitiative und ein NEIN zur Mittelstandsinitiative.

Mehr Informationen: entlastung-jetzt.ch

Abstimmungsparolen für den 9. Februar 2020

EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNGEN

JA zur Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen»

(siehe Artikel Seite 7)

JA zur Änderung des Strafgesetzbuches (Diskriminierung der sexuellen Orientierung)

KANTONALE ABSTIMMUNGEN

JA zum Gesetz über den Personentransport mit Taxi und Limousinen

(siehe Artikel Seite 6)

NEIN zum Projekt Rosengartentunnel (Gesetz und Rahmenkredit)

(siehe Artikel Seite 3)

JA zur Volksinitiative «Für die Entlastung der unteren und mittleren Einkommen (Entlastungsinitiative)

(siehe Artikel oben)

NEIN zur Volksinitiative «Mittelstandsinitiative – weniger Steuerbelastung für alle»

(siehe Artikel oben)

STÄDTISCHE ABSTIMMUNGEN

JA zum Velo-Rahmenkredit

(siehe Artikel Seite 4/5)

JA zum Kredit für das neue Kunstrassenfeld im Buchholz

(siehe Artikel Seite 6)